

# Gliederung

Rdnr.

<b>A. Der Straßenbaubeitrag im Rechtssystem</b>	
<b>I. Begriff</b> .....	1
<b>II. Rechtsgrundlage</b> .....	4
Satzungserfordernis .....	5
Beitragserhebungspflicht .....	9
<b>III. Beachtung vorrangiger Rechtsnormen des Bundesrechts</b>	
1. Vorrang des Erschließungsbeitragsrechts .....	13
Vorhandene Straßen .....	16
Bedeutung des Vorranges .....	18
Umdeutung des Straßenbaubeitragsbescheides .....	20
2. Vorrang des Rechts der städtebaulichen Sanierungsmaßnahmen .....	21
<b>IV. Landesrechtliche Vorschriften, die dem § 8 KAG vorgehen</b>	
1. § 16 StrWG NRW .....	23
2. § 9 KAG .....	25
<b>B. Beitragstatbestand</b> .....	26
<b>I. Maßnahmen, die eine Beitragspflicht auslösen können</b> .....	30
1. Öffentliche Einrichtungen und Anlagen .....	31
Bedeutung des Anlagenbegriffs .....	34
Erschließungsanlage .....	35
Anlage im weiteren Sinne .....	40
Erschließungseinheit .....	58
Wohnwege (§ 127 Abs. 2 Nr. 2 BauGB) .....	61
Nicht dem öffentlichen Verkehr gewidmete Anlagen .....	62
Widmung .....	63
2. Die Maßnahmen im Einzelnen .....	65
a) Herstellung und Anschaffung .....	70
aa) Erneuerung .....	72
Vorzeitige Erneuerung .....	88
Umfang der Erneuerung .....	94
Abgrenzung Erneuerung/Instandsetzung .....	95

bb) Andersartige Herstellung .....	101
Fußgängerstraße .....	102
Verkehrsberuhigter Bereich .....	103
b) Erweiterung und Verbesserung .....	107
Begriff der Verbesserung .....	108
Umfang der Verbesserung .....	113
Abgrenzung Verbesserung/Instandsetzung .....	118
Veränderung .....	122
c) Einzelfragen der Verbesserung .....	124
aa) Verbesserung der Anlage als Ganzes .....	125
Parkstreifen .....	126
Gehweg .....	133
Radweg .....	138
Grünanlage .....	143
Beleuchtung und Entwässerung .....	145
bb) Technisch bessere Ausstattung .....	146
Fahrbahn .....	147
Fahrbahndecke .....	151
sonstige Bestandteile der Fahrbahn .....	153
Gehweg .....	154
Beleuchtung .....	157
Straßenentwässerung .....	163
Parkstreifen und Radweg .....	167
Verkehrsberuhigte Bereiche und Fußgängerzonen .....	168
cc) Kompensation .....	169
Teilanlagenübergreifende Kompensation .....	171
Teilanlagenimmanente Kompensation .....	175
d) Beurteilungskriterien für die Eignung von Maßnahmen der Erneuerung oder Verbesserung .....	185
Bedeutung von technischen Richtlinien .....	186
e) Bedeutung von Mängeln der Maßnahme .....	189

**II. Wirtschaftlicher Vorteil**

1. Begriff .....	193
a) Vorteil der Grundstückseigentümer .....	194
b) Vorteil der Allgemeinheit .....	202

2. Abhängigkeit von der Maßnahme .....	203
Vorteil bei Erneuerung .....	205
Prüfung im Einzelfall.....	206
Vorteil infolge Verkehrsberuhigung .....	208
Vorteil durch Schaffung einer Fußgängerzone .....	211
3. Kompensation des Vorteils durch Nachteile .....	212
4. Sicherung des maßnahmebedingten Vorteils .....	223
5. Erschließung durch die Anlage .....	226
Hindernis auf dem Grundstück .....	237
Hinterliegergrundstück .....	241
Unbebautes Hinterliegergrundstück.....	244
Bebautes Hinterliegergrundstück.....	246
Einbeziehung eines nicht erschlossenen Hinterliegergrundstücks in die Verteilung .....	254
6. Grundstücksbegriff .....	255
Wirtschaftliche Einheit .....	257
Abgrenzungskriterien .....	262
Bedeutung einer Vereinigungsbaulast.....	267
Bedeutung der Baugenehmigung .....	268
Bedeutung einer Teilungsgenehmigung .....	277
Bedeutung des Bebauungsplans.....	285
Abgrenzung in unbeplanten Gebieten (Innenbereich) .....	292
Abgrenzung im Außenbereich.....	294
Besonderheiten bei gewerblicher Nutzung .....	295
Grundstück im gemeinschaftlichen Eigentum von Wohnungseigentümern .....	296
Tiefenbegrenzung .....	297
<b>C. Folgen der Tatbestandsverwirklichung .....</b>	<b>310</b>
<b>I. Entstehung der Beitragspflicht.....</b>	<b>311</b>
1. Sachliche Beitragspflicht .....	312
a) Endgültige Herstellung der Anlage.....	315
Bauprogramm .....	317
Bedeutung der Abnahme .....	326
Berechenbarkeit des Aufwandes .....	329
Tatbestandsverwirklichung nach endgültiger Herstellung .....	330

b) Satzungserfordernis .....	332
Abgrenzung gegenüber dem Erschließungsbeitragsrecht .....	339
2. Persönliche Beitragspflicht .....	340
a) Bestimmung der Person des Beitragspflichtigen .....	340
Regelung in der Satzung .....	343
Veräußerung des Grundstücks .....	344
b) Mehrheit von Grundstückseigentümern .....	346
<b>II. Sonderregelung für gemeindeeigene Grundstücke .....</b>	<b>351</b>
Vorteilsausgleich gemäß § 8 Abs. 4 Satz 4 KAG .....	352
Rechtslage im Erschließungsbeitragsrecht .....	353
Endgültigkeit des Vorteilsausgleichs nach § 8 Abs. 4 Satz 4 KAG auch bei Veräußerung .....	354
<b>III. Ausgleich für den wirtschaftlichen Vorteil der Allgemeinheit ....</b>	<b>356</b>
<b>D. Abschnittsbildung, Kostenspaltung und Vorausleistung .....</b>	<b>357</b>
<b>I. Abschnittsbildung .....</b>	<b>358</b>
1. Abschnittsbildung bei Erschließungsanlagen .....	360
Rechtsnatur .....	361
Zuständigkeit .....	362
Entstehung der Beitragspflicht .....	364
Zeitliche Grenze .....	367
2. Abschnittsbildung bei Anlagen, die nicht mit einer Erschließungs- anlage identisch sind .....	368
<b>II. Kostenspaltung .....</b>	<b>369</b>
Aufwand für Grunderwerb und Freilegung .....	369
Kostenspaltung und Bauprogramm .....	371
Verfahren .....	374
<b>III. Vorausleistung .....</b>	<b>375</b>
Voraussetzung .....	376
Vorausleistungspflicht .....	382
Tilgungswirkung .....	386
Rückerstattung .....	390
<b>E. Ermittlung des Aufwandes .....</b>	<b>391</b>
<b>I. Beitragsfähiger Aufwand .....</b>	<b>392</b>
1. Gesetzliche Ermittlungsmethoden .....	392

2. Begriff des beitragsfähigen Aufwandes .....	393
Hypothetischer Aufwand .....	396
Erforderlicher Aufwand .....	397
Zeitpunkt des Inkrafttretens der Satzung und Beendigung der Maßnahme .....	401
3. Die beitragsfähigen Aufwendungen .....	403
Aufwand für die Teilanlagen .....	403
Ermessen und Risiko der Gemeinde .....	404
Eigenleistungen der Anlieger .....	405
Aufwand für besondere Teile (z. B. Böschungen und Stützmauern)	406
Aufwand für Bordsteine .....	407
Aufwand für Aufpflasterungen und Verschwenkung der Fahrbahn	408
Aufwand für Bepflanzung .....	409
Grünanlagen .....	413
Anpassungsarbeiten .....	414
Beleuchtungsaufwand bei Schaffung einer Fußgängerzone .....	415
Brücken, Tunnels, Unterführungen sowie Ortsdurchfahrten klassi- fizierter Straßen .....	416
Beleuchtungsaufwand bei klassifizierten Straßen .....	417
Straßenentwässerung .....	418
Straßen- und Grundstücksentwässerung .....	419
Bauleitungskosten .....	426
Personal- und Sachkosten .....	427
Grunderwerb .....	431
Gemeindeeigene Grundstücke .....	432
Zeitliche Grenze für die Berücksichtigung von Grunderwerbs- kosten .....	433
Freilegungskosten .....	434
Darlehenszinsen .....	437
Ausführung von Straßenentwässerungsarbeiten durch Eigengesell- schaft der Gemeinde .....	438
4. Aufwandsminderung .....	439
a) Verbindung mehrerer Baumaßnahmen .....	440
b) Wiederverwendbares Material .....	446
c) Zuwendungen Dritter .....	448

<b>II. Umlagefähiger Aufwand</b> .....	450
1. Begriff des Gemeindeanteils .....	451
Gemeinde als Grundstückseigentümerin .....	452
Vorteil der Allgemeinheit .....	454
2. Satzungsmäßige Festlegung des Gemeindeanteils .....	455
Einzelsatzung .....	456
Zeitliche Grenze für die Festlegung .....	457
Vorteilsabwägung .....	459
Anrechenbare Breite .....	467
Differenzierungserfordernis .....	470
Keine gerichtliche Abänderungsbefugnis .....	473
Fußgängerzonen .....	474
Verkehrsberuhigte Bereiche .....	478
3. Bestimmung der Straßentypen und Zuordnung der einzelnen Straßen .....	480
Straßentypen .....	480
Form der Zuordnung .....	482
Einstufung als Anliegerstraße .....	484
Abgrenzung Hauptverkehrsstraße/Haupterschließungsstraße .....	486
Definition der Hauptgeschäftsstraße .....	487
Zuordnungskriterien .....	489
Maßgeblicher Zeitpunkt .....	490
Beispiele für die Zuordnung .....	491
4. Einzelfragen zur Bemessung des Gemeindeanteils .....	499
Höhe der Anteilssätze .....	499
Straßen ohne Gehwege .....	500
Erstmalige Anlegung eines Parkstreifens .....	501
Gehwege in Hauptverkehrsstraßen .....	502
Keine Differenzierung nach der Art der Verbesserung .....	503
Änderung der Verkehrsfunktion .....	505
Atypische Erschließungssituation .....	506
<b>III. Nichtbeitragsfähiger Aufwand</b> .....	512
Minderung der Gebrauchsvorteile .....	513
Aufwandsminderung .....	514

<b>F. Verteilung des umlagefähigen Aufwandes</b> .....	515
Zwei Phasen der Verteilung .....	516
<b>I. Anforderungen an die Maßstabsregelung in der Satzung</b> .....	517
Vorteilsbegriff .....	519
Vorteilsbemessung .....	520
Bedeutung des Artzuschlages .....	521
Zulässigkeit von Wahrscheinlichkeitsmaßstäben .....	522
<b>II. Grundsatz der regionalen Teilbarkeit der Maßstäbe</b> .....	524
<b>III. Die einzelnen Maßstäbe</b> .....	526
1. Die einfachen Maßstäbe .....	527
Frontmeter/Flächenmaßstab .....	527
Flächenmaßstab .....	529
Degressiver Flächenmaßstab .....	530
Frontmetermaßstab .....	531
2. Die qualifizierten Maßstäbe .....	532
a) Grundsätze der Maßstabsregelung .....	533
b) Einzelheiten der Maßstabsgestaltung .....	537
aa) Regelungen für beplante Gebiete .....	537
Erfassung des Maßes der baulichen Nutzung .....	538
Erfassung der Art der Nutzung .....	542
bb) Regelungen für unbeplante Gebiete .....	544
Erfassung des Maßes der baulichen Nutzung .....	545
Erfassung der Art der Nutzung .....	550
Begriff „gewerbliche Nutzung“ .....	553
Sonderregelung durch Einzelsatzung .....	559
3. Einzelfragen zur Gestaltung der qualifizierten Maßstäbe .....	560
a) Geschoszahlmaßstab .....	560
Differenzierte Staffelung .....	565
Friedhofgrundstücke .....	570
Vergleichbare Grundstücke .....	571
Kirchengrundstücke .....	573
Industriegebiete .....	574
Artzuschlag .....	575
b) Geschossflächenmaßstab .....	582
Begriff der Geschossfläche .....	583
Ermittlung im beplanten Gebiet .....	584

# **Straßenbaubeitragsrecht nach § 8 Kommunalabgabengesetz NRW**

Ermittlung im unbeplanten Gebiet .....	585
Artzuschlag .....	588
<b>IV. Besonderheiten bei der Verteilung des umlagefähigen Aufwandes .....</b>	<b>590</b>
1. Eckgrundstücke .....	590
2. Grundstücke an verschiedenen Abschnitten .....	602
3. Herstellung oder Verbesserung eines einseitigen Gehweges .....	606
4. Berücksichtigung von Baubeschränkungen .....	609
<b>G. Kommunales Abgabenverfahrensrecht .....</b>	<b>611</b>
<b>I. § 12 KAG .....</b>	<b>612</b>
<b>II. Straßenbaubeitragsbescheid .....</b>	<b>614</b>
1. Anhörung und Akteneinsicht .....	617
2. Inhalt des Bescheides .....	620
a) Adressierung .....	621
b) Grundstücksbezeichnung .....	627
c) Eigentumsanteil .....	632
d) Begründung .....	633
Bedeutung von Formverstößen .....	636
Inanspruchnahme eines Miteigentümers .....	639
Umstellung der Begründung .....	640
3. Bekanntgabe .....	641
Anforderungen .....	642
Zusammengefasster Abgabenbescheid .....	648
Zugangsvermutung .....	649
4. Wirkung des Abgabenbescheides .....	654
Nachträgliche Heilung .....	657
<b>III. Bestandskraft des Beitragsbescheides .....</b>	<b>663</b>
1. Festsetzung unter Vorbehalt der Nachprüfung .....	665
2. Nacherhebung .....	666
3. Änderungsanspruch .....	669
Verfahren .....	670
Voraussetzungen eines Änderungsanspruchs .....	671
Musterklageverfahren .....	674
Bestandskraft und rückwirkender Satzungserlass .....	676
4. Bestandskraft und Amtshaftung .....	677

<b>IV. Verjährung</b> .....	679
Festsetzungsfrist .....	680
Ablaufhemmung .....	683
Verhältnis von Vorausleistungs- und endgültigem Beitragsbescheid ....	687
<b>V. Verwirkung</b> .....	689
<b>VI. Verzicht</b> .....	693
<b>VII. Haftung</b> .....	695
Haftung aus öffentlicher Last und persönliche Beitragspflicht .....	696
Grundstück als Haftungsobjekt .....	699
Duldungsbescheid .....	700
Akzessorietät der Haftung .....	702
<b>VIII. Billigkeitsregelungen</b> .....	703
1. Stundung .....	704
erhebliche Härte .....	705
Vertrauensschutz .....	708
Gleichbehandlungsgebot .....	709
Amtsermittlung und Mitwirkungspflicht .....	710
Stundungszinsen .....	711
2. Erlass .....	712
persönliche Billigkeitsgründe .....	713
sachliche Billigkeitsgründe .....	714
Billigkeitsentscheidung und Beitragsbescheid .....	720
<b>IX. Aufrechnung</b> .....	722
<b>X. Verzinsung</b> .....	723
Stundungs- und Aussetzungszinsen .....	724
Erhebung von Aussetzungszinsen .....	725
rückwirkende Heilung des Beitragsbescheides .....	726
Verzinsung des Erstattungsanspruchs .....	728
Prozesszinsen .....	729
<b>H. Prozessrecht</b> .....	731
<b>I. Einstweiliger Rechtsschutz</b> .....	732
Zugangsvoraussetzungen des § 80 Abs. 6 VwGO .....	733
gerichtlicher Prüfungsmaßstab .....	740

Abänderungsverfahren .....	744
Streitwert .....	746
<b>II. Die Abschaffung des Widerspruchsverfahrens .....</b>	<b>747</b>
1. Die Reform und ihre Konsequenzen für das Verfahren der Beitragserhebung .....	747
2. Die Rechtsprechung zum Widerspruchsverfahren nach altem Recht .....	753
<b>III. Klageverfahren .....</b>	<b>758</b>
Klagebefugnis .....	759
Änderungsbescheid und Klagefrist .....	768
Begründetheit der Anfechtungsklage .....	770
Umstellung eines Erschließungsbeitragsbescheides .....	772
Umstellung eines Straßenbaubeitragsbescheides .....	773
Rückwirkende Heilung des Beitragsbescheides .....	775
Heilung ex nunc .....	781
Erledigungserklärung nach Heilung .....	783
Prozessuale Besonderheiten beim Vorausleistungsbescheid .....	784
Prozessuale Besonderheiten bei Billigkeitsmaßnahmen .....	786
Kostenerstattung .....	790
<b>IV. Das Verfahren vor dem OVG .....</b>	<b>795</b>
1. Berufungszulassung und Berufung .....	797
Zulassungsverfahren und Zulassungsgründe .....	798
Darlegungserfordernis .....	810
Zulassungsgründe im Einzelnen .....	815
Zulassungsentscheidung .....	840
2. Die Beschwerde .....	845
Zulässigkeitsvoraussetzungen .....	846
Prüfungsmaßstab .....	849